

Medienspiegel Woche 28 / 2016



Initiative / Graubünden / Unterschriftensammlung

Prättigauer und Herrschäftler, 9.7.16

Gute Schule Graubünden, 14. Juli 2016

Radeln für eine gute Schule und die Demokratie

1

Berset Alain / Fremdsprachen / Vernehmlassung / Motivation / Zentralismus

Bundesamt für Kultur BAK

Vernehmlassung zur Revision von Artikel 15 des Sprachengesetzes

3

Tages-Anzeiger, 06.07.2016

Sprachenstreit: Berset setzt Kantonen ein Ultimatum

3

Zwängerei auf Kosten der Kinder

4

Tages-Anzeiger, 11.07.2016

Symbolstreit der Politiker

5

Sarganserländer, 7. Juli 2016

Lehrplan 21: Streit an allen Ecken und Enden

6

Die Weltwoche, 15. Juli 2016

Sprachideologie

7

Tagblatt, 15.7.2016

Sprachenkompromiss?

8

Tagblatt, 16. Juli 2016

Schützenhilfe für die Thurgauer

9

Aebersold Peter / Wiedemann Jürg / Amstutz Hanspeter / Baselland / Methodenfreiheit

Lerncoaches / AdL / SOL / HarmoS

Schule Schweiz, 10. Juli 2016

Lehrplan 21 bringt Lerncoaches und Methodenzwang

11

20 Minuten, 11. Juli 2016

«Alle Jugendlichen gleichermaßen fördern»

12

NZZ, 15.7.2016

Der Bildungsauftrag geht alle an

13

ICT / Geschäft / IT-Handel / iPads / Tablets / Digitalisierung

inside-channels.ch, 13.07.2016

Lehrplan 21 im IT-Handel (noch) nicht bemerkbar

14

Der Landbote, 13.07.2016

300 iPads für Sekundarschüler

15

St.Gallen / Noten / Kompetenzen / Wiederholen / Bossard Carl / Lehrer / Dürst Fritz

Tagblatt, 14. Juli 2016

Sonderzug der Stadt St. Gallen: Nur noch ganze Noten

17

Tagblatt, 15. Juli 2016

Diskussion um Schulnoten geht weiter

18

Tagesschau, 10.7.2016

Nur noch eine ungenügende Schulnote

18

journal21.ch, 12.07.2016

Der Wert des Wiederholens

19

Tagblatt, 9. Juli 2016

Lehrer Dürst nimmt Abschied

19

Zürich / Sprachenstreit

Newsletter «Lehrplan vors Volk», 16.7.2016

Politiker und Pädagogen im Sprachenstreit

21

Prättigauer und Herrschäftler, 9.7.16

Radeln für eine gute Schule und die Demokratie

[pdf-Datei öffnen](#)

Gute Schule Graubünden, 14. Juli 2016

Sommeraktion «Radeln für eine gute Schule und die Demokratie»



Rico und Elisabeth Calcagnini, Christoph Jaeger, Mark Niederdorfer am Ziel in Davos (v.l.)

Die Schulbildung liegt der Bevölkerung am Herzen. Das ist das überaus positive Fazit unserer sechstägigen Unterschriftensammlung mit dem Velo durch die Dörfer unseres schönen Kantons. Viele haben die Doppelinitiative «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen» gerne unterschrieben, so dass wir nun den zweiten Tausender geknackt haben. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Wir starteten am 7. Juli in Maienfeld und beendeten am 13. Juli unsere Aktion in Davos. Auf den Fahrten durch die Bündner Herrschaft und das Domleschg hatten wir oft schöne Begegnungen und führten spannende Gespräche. In vielen kleinen Dörfern stiess unsere Idee, die Demokratie direkt vor Ort zu tragen, auf grosse Sympathie. In den Diskussionen betonten wir, dass die Schule alle betrifft und dass die demokratische Kontrolle durch die Bürger gewährleistet bleiben muss. Auch mit dem Argument, dass hinter dem Lehrplan 21 ein fragwürdiges Konzept steht, stiessen wir auf offene Ohren. Nein, unsere Volksschule darf nicht zum Spielball privater Interessen verkommen, da gaben uns die Menschen recht. Wir sammelten vor den Läden, in Restaurants, in Schwimmbädern und auf Spielplätzen. Sogar wenn wir die Türklingel betätigten, freuten sich die Leute. Das sonnige Wetter der ersten Tage trug bestimmt zum Gelingen bei. Natürlich gab es kritische Fragen und Einwände, einige zeigten sich auch völlig desinteressiert. Doch Kommentare wie: «Alle Achtung, dass Sie das machen!» «Danke für Ihren Einsatz,» spornten uns wieder an. Wir stellen fest, dass eine grosse Zahl von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sich um die Zukunft unserer Schule sorgt und mit uns einig geht, dass wichtige Änderungen im Bildungswesen demokratisch geregelt gehören. Viele junge Männer und Frauen, besonders Mütter hörten unseren Argumenten genau zu, fragten nach und gaben uns nach einem lebhaften Hin und Her gerne ihre Unterschrift. Es geht um die Zukunft ihrer Kinder. Doch auch ältere Menschen, deren Kinder längst erwachsen sind, erkannten die Bedeutung dieser Initiative und bezeugten ihre Zustimmung mit der Unterschrift. «Was ihr macht, ist genau richtig und sehr wichtig!» Für so einen Satz lohnte es sich, für die Schule und die Demokratie hinzustehen und überdies machte uns die Aktion auch viel Freude.

Elisabeth Calcagnini, Erstunterzeichnerin

Kommentar von Mark Niederdorfer

Mit dieser Aktion wurde der Nerv der Bevölkerung getroffen. Mit dem Fahrrad wurde das Anliegen an die Bevölkerung gebracht. Doch das Fahrrad steht auch für das Verbindende und das Machbare. So wie die Volksschule das verbindende Element zwischen Dorf und Welt bildet. Hier wird das Wissen erworben, die Kulturtechniken des Rechnens und Lesens. Und hier entsteht das Gefühl von Gemeinschaft und Heimat. So ausgerüstet ist die Basis geschaffen, welche benötigt wird, um mit Pioniergeist und Zuversicht die Welt zu erobern. Dafür ist die Schweiz auf der ganzen Welt bekannt. Darauf dürfen wir heute auch stolz sein. Eine Generation junger Erwachsener wächst heran, welche genau auf diese Werte blickt. Die Volksschule ist Sache des Volkes. Und das Volk hat die Symbolik des Fahrrads verstanden.

[Gute Schule Graubünden: Wir sammeln Unterschriften](#)

Bundesamt für Kultur BAK, 06.07.2016

Vernehmlassung zur Revision von Artikel 15 des Sprachengesetzes

Der Bundesrat hat am 6. Juli 2016 die Vernehmlassung zu einer Revision des Sprachengesetzes eröffnet. Mit Ergänzung von Artikel 15 des Sprachengesetzes soll die Harmonisierung des Sprachenunterrichts in der obligatorischen Schule unterstützt werden. Das Ziel einer Revision ist die Stellung der Landessprachen im Sprachenunterricht festzulegen. Gleichzeitig soll die Revision den kantonalen Kompetenzen in Unterrichtsfragen sowie den sprachregionalen Unterschieden Rechnung tragen. Dazu stellt der Bundesrat drei Varianten zur Diskussion:

- Variante 1 folgt dem Wortlaut der parlamentarischen Initiative der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (14.459). Sie ist auf die Primarstufe beschränkt und legt fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache bis spätestens ab dem 5. Primarschuljahr beginnen muss (7. Schuljahr gemäss HarmoS-Zählung)
- Variante 2 verankert die Lösung des HarmoS-Konkordats auf Gesetzesstufe. Sie legt fest, dass die erste Fremdsprache spätestens ab dem 3. Schuljahr, die zweite Fremdsprache ab dem 5. Schuljahr unterrichtet werden muss. Eine der beiden Sprachen ist eine zweite Landessprache, die andere Sprache ist Englisch.
- Variante 3 bezweckt die formelle Sicherung der Stellung der zweiten Landessprache. Sie legt fest, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache auf der Primarschulstufe beginnen und bis zum Ende der Sekundarstufe I dauern muss.

Von den drei Varianten bevorzugt der Bundesrat die dritte. Er startet die Vernehmlassung, weil in einzelnen Kantonen der Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule ab dem Schuljahr 2017/18 in Frage gestellt ist. Die Vernehmlassung dient dazu, verschiedene Lösungsvarianten rechtzeitig zur Diskussion zu stellen. Der Bundesrat wird nach Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse mit den Kantonen (via EDK) das weitere Vorgehen beurteilen. Er würde es nach wie vor begrüßen, wenn die Kantone unter einander eine gemeinsame Lösung finden. Sollten alle Kantone ihre 2004 beschlossene Sprachenstrategie umsetzen, wäre eine Änderung des Sprachengesetzes nicht notwendig.

Die Vernehmlassung dauert bis am 14. Oktober 2016.

<http://www.bak.admin.ch/kulturschaffen/04245/04246/05914/index.html?lang=de>

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pending.html>

Tages-Anzeiger, 06.07.2016



Sprachenstreit: Berset setzt Kantonen ein Ultimatum

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Sprachenstreit-Berset-setzt-Kantonen-ein-Ultimatum/story/31408712>

Tages-Anzeiger, 06.07.2016

Zwängerei auf Kosten der Kinder

**Die bundesrätliche Intervention zum Frühfranzösisch ist der falsche Weg.
Gefragt wäre Begeisterung.**

Arthur Rutishauser

«Der Bundesrat ist der Ansicht, dass staats- und bildungspolitische Gründe harmonisierte Vorgaben zum Unterricht der Landessprachen erfordern»: Damit rechtfertigt Bundesrat Alain Berset sein Eingreifen im Sprachenstreit. Bern will den Kantonen vorschreiben, sie müssten bereits in der Primarschule eine der Landessprachen als Fremdsprache unterrichten.

Es gab wohl noch selten eine schwächere Begründung für eine zentralstaatliche Massnahme – und erst noch auf Kosten der Kinder. Noch seltener war der vorgeschlagene Weg weniger zielführend. Damit keine Missverständnisse entstehen: Es soll hier keineswegs vertreten werden, dass man künftig in Schulen kein Französisch mehr lernt. Im Gegenteil: Ein Grossteil der Absolventen der Sekundarschule muss die Sprache beherrschen.

Nur der Weg, der laut Bundesrat dazu führen soll – der ist völlig falsch. In französischer Zentralstaatsmanier versucht man das Pferd von hinten aufzuzäumen. Nämlich, indem man nicht etwa darauf hinwirkt, dass Lernziele im ganzen Land erreicht werden, sondern indem man eine unsinnige Vorgabe erlässt – egal, ob sie erfolgreich ist oder nicht. Das heisst: Künftig sollen die Kantone zu den Guten gehören, die ab der 5. Primarschulklasse zwei Stunden pro Woche Französisch für obligatorisch erklären. Wer das nicht tut, der bricht das Gesetz. Ob die Schüler danach auch die Sprache sprechen können, ist egal.

Im Kanton Zürich fahren Behörden in der Frage seit den 80er-Jahren einen Zickzackkurs. Erst wurde spielerisches Lernen propagiert, dann plötzlich war «English first» die Devise, und seit dem Schuljahr 2007/08 benoten wir das Können der Schüler im Französisch ab der 5. Klasse. In dem Sinne zählen wir zu den «Guten». Nur: Für die Aufnahmeprüfung ins Langzeitgymnasium ist Französisch trotzdem nicht relevant. Und dass die Kinder heute besser Französisch sprechen als vor 30 Jahren, das wird wohl niemand ernsthaft zu behaupten wagen.

Im Gegenteil: Alle wissenschaftlichen Studien haben ergeben, dass ein früher Beginn beim Französischunterricht nicht zu besseren Resultaten führt. Vielmehr zeigt sich, dass nach kurzer Zeit in der Sekundarschule die Unterschiede zwischen Schülern mit und ohne Vorkenntnisse kaum ins Gewicht fallen. Und vor allem: Die Lernerfolge im Französischen sind geradezu katastrophal, egal, nach welchem System gelehrt wird. Das bestätigte letztmals eine Studie der Uni Freiburg. Daraus ging hervor, dass gerade mal 3,4 Prozent der Achtklässler die Lernziele erreichten, wenn es darum ging, Französisch zu sprechen. Beim Lesen und Schreiben waren es immerhin 30 Prozent. Im Englischen erreichten zwei Drittel beide Lernziele. Bei der Motivation gaben zwei Drittel der Schüler an, sie würden gerne Englisch lernen, im Französischen gerade mal ein Drittel. Auch die Motivation der Französischlehrer war viel geringer als die der Englischlehrer.

Es braucht neue Wege, wie man die Schüler und die Lehrer wieder für das Französisch begeistert. Und vor allem, wie kriegen wir es hin, dass die Lehrerfolge den gesteckten Zielen entsprechen? Hier führt eher der gesunde Menschenverstand zum Ziel als Dogmen. Wenn man eine Sprache lernt, sollte dies in einer möglichst hohen Intensität erfolgen – mit anderen Lernenden, die gleich weit sind. Das heisst in der Praxis: nicht zwei Alibistunden ab der 5. Klasse, sondern lieber sechs Stunden in der Sekundarschule. Und dort nicht in gemischten Klassen, sondern niveaugleich mit dem Ziel, dass die Schüler sich mit ihren Kollegen in Genf unterhalten können. Ob sie dann alle Ausnahmen des Subjonctif kennen, ist sekundär, aber dass sie motivierter werden, die zweite Landessprache zu erlernen, primär.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/zwaengerei-auf-kosten-der-kinder/story/20240472>

Mehr dazu:

Sonntagszeitung, 10.7.2016

"Amoklauf" gegen Sprachfrieden

Nadja Pastega

http://www.contractmedia.ch/site/assets/files/1794/22_soz_10_07_2016.pdf

Tages-Anzeiger, 11.07.2016

Symbolstreit der Politiker

In der emotional geführten Debatte ums Frühfranzösisch sind schulische Gesichtspunkte zweitrangig.

Rudolf Strahm

Der Bundesrat richtete letzte Woche ein Ultimatum an die Kantone. Sie müssen Frühfranzösisch auf der Primarschulstufe einführen, sonst würde sie der Bund per Gesetz dazu zwingen. Im Vernehmlassungsverfahren präsentiert Bundesrat Alain Berset gleich drei Varianten, um die säumigen Kantone zur Einführung einer zweiten Landessprache in der Unterstufe zu zwingen. Ein Referendum gegen das Gesetz wäre unausweichlich, und es würde ein ganzes Volk zu Experten in Sprachenpädagogik machen.

Mit diesem Vorgehen hat der Bundesrat die Frage des Frühfranzösisch auf eine Ebene gehoben, bei der auch wir Bürgerinnen und Bürger zur Meinungsbildung herausgefordert sind. Was sollen wir pädagogischen Laien von diesem Sprachenstreit halten? Ich gebe redlicherweise zu, dass ich mir, wie wahrscheinlich die meisten Bürger, kein Fachurteil über die richtige Sprachdidaktik und die heftigst umstrittenen Französischlehrmittel bilden kann. Ich versuche hier drei wichtige Punkte herauszuarbeiten, was uns Staatsbürger interessieren muss.

Da ist erstens der Stand der Schulkoordination. Im Mai 2006 wurden die neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 85,6 % Ja-Stimmen-Anteil in seltener Einmütigkeit angenommen. Das wichtigste Versprechen vor der Abstimmung war die Koordination des Fremdsprachenunterrichts unter den Kantonen. Mit dem Bildungsartikel «wird die Mobilität der Bevölkerung weiter erleichtert», versprach der Bundesrat im Bundesbüchlein, das stets an alle Haushalte geht.

Schulkoordination ist gescheitert

Doch dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Schon vor der Abstimmung zettelte der damalige Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor, der die Schule von Reform zu Reform jagte, den Sprachenstreit an: Ohne Rücksicht auf die anderen führte er mit Blick auf den globalisierten Finanzplatz im Kanton Zürich Frühenglisch ein. Die Ost- und Zentralschweizer Kantone folgten gezwungenermassen. Der Bund hatte darauf, trotz des neuen Bildungsartikels, nicht die Kraft und den Willen, eine Koordination des Fremdsprachenunterrichts zu erzwingen. Diese Unterlassung entgegen allen politischen Versprechen – der Schreibende war in der nationalrätlichen Bildungskommission (WBK) – ist der Ursprung des heutigen Debakels.

Um den Wünschen der Romandie und Bundesberns entgegenzukommen, pferchte man darauf gleich zwei Fremdsprachen in die Unterstufe der Primarschule, nämlich Frühenglisch und Frühfranzösisch – mit weiterhin kantonal unterschiedlichen Prioritäten und Lernbeginnstufen. Pädagogische Überlegungen, Kapazität der Lehrpersonen und Schulen, Bewältigungsfähigkeit durch Schüler wurden ignoriert. Der sogenannte Fremdsprachenkompromiss der Kantone von 2004 ist bis heute eine rhetorische Vertuschung der Tatsache, dass die Schulkoordination beim Fremdsprachenunterricht gescheitert ist. Das will auch der Bundesrat jetzt nicht ändern. Er will bloss Frühfranzösisch in die Unterstufe zwingen.

Gutachterstreit um Sprachdidaktik

Da kommt nun die zweite, für uns Bürger wichtige Frage: Sind Frühfranzösisch und Frühenglisch in den ersten Schuljahren mit je bloss zwei mal 45 Minuten Unterricht in der Unterstufe überhaupt nachhaltig und wirksam – oder ist das nur Symbolik? Da scheiden sich die Geister. Die Experten liefern sich Gutachterkriege. Die Linguistin Simone Pfenninger von der Uni Zürich, die als eine der wenigen die Effizienz des Englischunterrichts ab 8 und ab 13 Jahren empirisch verglichen hat, kam zum Schluss, dass die Spätlernenden die Frühlerner nach kurzer Zeit einholten. Spätstarter lernen schneller als Frühbeginner. Nicht der Lernbeginn, sondern die Lern-

intensität, also die Anzahl Wochenstunden und die engagierte Sprachdidaktik der Lehrperson, seien für den Unterrichtserfolg massgeblich.

Die Studienleiterin erhielt sofort öffentliche Schelte vom Basler Erziehungsdirektor, dem früheren Gewerbedirektor Christoph Eymann. Die Studienergebnisse passten ihm nicht ins politische Schema. Allerdings gibt es aus Dänemark auch gegenteilige Untersuchungsergebnisse. Aber insgesamt gibt es wenige Erfahrungsstudien, die vergleichbar sind.

Lernen Spätstarter schneller?

Der Kanton Thurgau, der nun den Französischunterricht in die Oberstufe verlegen und dafür intensivieren will, erhält politische Schelte aus der Romandie und von Bundesbern. Anstelle der zwei kurzen Französischstunden pro Woche in der Unterstufe will er in Zukunft vier bis fünf Wochenstunden in der Oberstufe einführen, und zwar verbunden mit Projektunterricht, gehalten von sprachdidaktisch ausgebildeten Französisch-Fachlehrern und wenn möglich kombiniert mit einem einwöchigen Austauschaufenthalt in der Westschweiz. Also ein Art Intensivlernen in der Oberstufe.

Wir Laien können die Effizienz dieser Art von Intensivlernen nicht abschliessend beurteilen. Aber wäre dies nicht ein Experiment in der Praxis wert? Lasst doch die Thurgauer einige Jahre dieses Modell praktizieren, betreibt dabei begleitende Bildungsforschung mit einer Erfolgsanalyse und vergleicht die Resultate der verschiedenen Fremdsprachenmodelle am Ende der Schulpflicht!

Da ist noch eine dritte Dimension des Sprachenstreits in Erinnerung zu rufen: Das Übergewicht des Sprachenunterrichts und der Fremdsprachennoten spaltet sozial die Gesellschaft. Je sprachlastiger die Schule und der Zugang zum Gymnasium gestaltet sind, desto stärker sind Kinder aus bildungsfernen Schichten benachteiligt und Kinder der Bildungselite, die auch mit Privatstunden nicht spart, privilegiert. Rund ein Drittel aller Schulkinder in der deutschen Schweiz haben Eltern mit Migrationshintergrund, viele sind sogar auf Kriegsfuss mit der deutschen Sprache. Nun sollen bereits in der Unterstufe noch zwei Fremdsprachen hinzukommen – und dies erst noch verdünnt mit bloss zwei Wochenlektionen. Die sozialen Konsequenzen wurden nie in Erwägung gezogen.

«Staatspolitische Gründe»

Für mich und die meisten Schweizer ist klar: Am Ende der Schulpflicht müssen die Deutschschweizer Jugendlichen, je nach Schultyp abgestuft, auch Französisch und Englisch können. Französisch muss gesetzlich Pflicht bleiben! Aber alle müssen sich bewusst sein, dass heute die Lingua franca, die Alltagsweltsprache, Englisch ist. Die frankofone Bildungselite hat Mühe, den rasanten Bedeutungsverlust des Französischen in der heutigen Welt zu verkraften. Er hängt mit dem politischen und wirtschaftlichen Abstieg Frankreichs zusammen. Auf diese globalen Trends haben wir keinen Einfluss.

Im Sprachenstreit um Frühfranzösisch geht es um einen Symbolstreit der Politiker. Was jetzt im Vordergrund steht, so die Begründung in Bundesbern, sind «staatspolitische Gründe», es wird der «Zusammenhalt des Landes» herbeibemüht. Pädagogische, soziale, schulbezogene Gesichtspunkte sind dabei den Politikern völlig zweitrangig. Angeblich steht die «nationale Kohäsion» auf dem Spiel. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Kinder!

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/symbolstreit-der-politiker/story/25295305>

Mehr dazu:

Sarganserländer, 7. Juli 2016

Lehrplan 21: Streit an allen Ecken und Enden

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Sarganserl%C3%A4nder-7.-Juli-2016.pdf>

Die Weltwoche, 15. Juli 2016

Sprachideologie

Bundesrat Berset will die Schweiz retten – und tritt die Volksrechte mit Füßen.

Von Peter Keller

Bundesrat Alain Berset hat ein Machtwort gesprochen – wohl auf Französisch. Er setzt die Kantone unter Druck: Sie sollen sich auf eine gemeinsame «Sprachenstrategie» verständigen, das heisst zwingend zwei Fremdsprachen (wovon eine Landessprache) in der Primarschule einführen. Der Innenminister schlägt verschiedene Varianten vor, wie das schweizerische Schulwesen «harmonisiert» werden könne.

Damit fängt der höhere Unsinn schon an. Harmonisierung ist das Gegenteil von Vielfalt, nämlich Vereinheitlichung. Frankreich hat sein Territorium schon länger «harmonisiert» – und dabei das Elsässische mehr oder weniger ausgerottet, aber auch andere sprachliche Minderheiten wie das Baskische oder das Bretonische fast zum Verschwinden gebracht. Man kann nicht die Vielfalt der Schweiz in vier Landessprachen besingen und dann *par ordre du chef* eine Sprachendoktrin über alle verhängen. Das ist nicht einmal mehr widersprüchlich, sondern schlicht dumm.

Von oben verordnet

Berset hat allerdings recht, wenn er sagt, dass die «Mehrsprachigkeit ein Wesensmerkmal der Schweiz» sei. Wir machen uns aber auch etwas vor: Eine mehrsprachige Schweiz heisst nicht unbedingt, dass auch jeder Schweizer mehrsprachig ist. Immerhin gibt es heute schon ein Sprachengesetz. Es verlangt, dass die Schüler «am Ende der obligatorischen Schulzeit» über «Kompetenzen» in mindestens einer zweiten Landessprache verfügen. That's it. Den Weg dorthin sollen die Kantone aber selber bestimmen. Das nennt man übrigens Föderalismus – und er ist ein mindestens so wichtiges Wesensmerkmal der Schweiz.

In gewissen Kantonen gebe es «Bestrebungen», den erreichten Harmonisierungsstand rückgängig zu machen, lässt Berset düster verlauten. Diese «Bestrebungen» sind in Wahrheit Volksinitiativen. Die Bevölkerung wehrt sich demokratisch gegen eine von oben verordnete Sprachenpolitik, deren Nutzen selbst Linguisten bestreiten. Umso seltsamer ist das Vorgehen des SP-Bundesrates: Er bemüht für sein sprachideologisches Vorpreschen ausgerechnet den «nationalen Zusammenhalt» – und tritt dabei gleichzeitig die wichtigsten Grundlagen unseres Zusammenlebens mit Füßen: die föderale Selbstbestimmung der Kantone und die demokratischen Rechte der Bevölkerung.

Kommentare

Daniel Thoma

15.07.2016

In der Primarschule sollte man sich sprachbezogen ausschliesslich mit der eigenen befassen. Alles andere ist kontraproduktiv bzw. Verschwendung von Lehrressourcen. Ab Sekundarschule kann dann eine theoretische Grundlage mit Minimalwortschatz erarbeitet werden. Wirkliche Sprachkompetenz erreicht man erst mit einem Aufenthalt in der entsprechenden Sprachregion. Die Zwängerei (nicht nur) seitens Berset ist politisch motiviert und realitätsfern.

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-28/artikel/sprachideologie-die-weltwoche-ausgabe-282016.html>

Tagblatt, 15.7.2016

Sprachenkompromiss?

Leserbrief zu „Steiniger Weg für Berset“ (Wiler Zeitung vom 8. Juli 2016)

Beschönigend „Sprachenkompromiss“ der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) wird genannt, was den Primarschülern in HarmoS-Kantonen zwei Fremdsprachen aufzwingt. Weil Harmonisierung allfällige Umzüge erleichtern sollten, hatten die St. Galler Stimmbürger im 2008 diese Kröte geschluckt. Bundesrat Alain Berset hat immerhin die Grösse, weitere Optionen statt nur das Modell dieses HarmoS-Zwangs zur Diskussion zu stellen. Wer sagt denn, dass Englisch so dringend nötig sei in der dritten Klasse? Der St. Galler Bildungsdirektor Stephan Kölliker sagte ja bereits am 30.12.2010 im St. Galler Tagblatt: „Nach zwei Jahren Frühenglisch ab der dritten Klasse zeigt sich aber, dass sich tatsächlich eine Schere öffnet. Vor allem Kinder mit Lernschwierigkeiten und Kinder ohne gute Deutschkenntnisse können dem Englischunterricht schlechter folgen.“ Seither wird aber mit viel Aufwand dieser Zwang zu zwei Frühfremdsprachen schöngeredet, mit teuren Bildungsprogrammen für die Lehrer aufgepöppelt, mit entsprechenden Schulstunden-Umlagerungen nachgeholfen (siehe Tagblatt vom 7. Juni 2016). Bersets Vernehmlassung ist eine Gelegenheit, über das verbreitete Tabu von zwei Frühfremdsprachen nachzudenken und als Bürger und Eltern sich in demokratischen Prozessen einzubringen.

David Gysel, Niederbüren

Freitag, 15. Juli 2016

Bundesrat Berset irrt

Der Bildungsartikel in der Bundesverfassung wird von Herrn Berset völlig missverstanden. So glaubt er, er könne als Bundesdiktator auftreten und die Kantone zwingen, Frühfranzösisch auf der Primarschulstufe einzuführen. Er blendet völlig aus, dass die Volksschule eigentlich Sache der Kantone ist und die Thurgauer Kinder in der Oberstufe vermehrt in Französisch unterrichtet werden. Von Verarmung der Kultur also keine Spur! Wenn es im Sprachunterricht wirklich um die Kultur gehen sollte, dann müssten die Ostschweizer Italienisch lernen, denn die Bindung an das Tessin ist stärker als an die Welschschweiz. Wo bleibt da die Logik des welschen Bundesrats? Die Sprachwissenschaftler sind sich einig, dass eine Sprache leichter erlernt werden kann im Repetitiven, das heisst eigentlich täglich eine Unterrichtseinheit. Der Mehrwert von zwei Stunden Französisch ab der 5. Klasse ist völlig umstritten. Umstritten ist auch, ob Fremdsprachen überhaupt zur Grundausbildung gehören. Zudem haben sich die Wirtschaftsvertreter noch nie beklagt, dass die Berufseinsteiger zu wenig Fremdsprachenkenntnisse mitbringen. Hingegen monieren sie zu Recht, dass der sprachliche Ausdruck in Deutsch stets geringer wird.

Als Sozialdemokrat ist Bundesrat Berset begreiflicherweise der Zentralismus wichtiger als der Föderalismus. Es ist auch anzunehmen, dass er lieber die «Internationale» singt, als das Thurgauer Lied. Als Staatsmann müsste er wissen, dass der Fortbestand unserer bewährten direkten Demokratie dann am besten gewährleistet ist, wenn in wichtigen Fragen des Landes hinter den Behörden ein geeintes Volk steht. In dieser Bildungsfrage steht der Thurgau hinter Regierungsrätin Knill; bleiben Sie standhaft!
Hugo E. Götz, Prof.
Neuhauserstrasse 18 d,
8500 Frauenfeld

Steiniger Weg für Berset
Ausgabe vom 8. Juli 2016

Sprachenkompromiss?

«Sprachenkompromiss» der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) – so wird beschönigend genannt, was den Primarschülern in HarmoS-Kantonen zwei Fremdsprachen aufzwingt. Weil die Harmonisierung allfällige Umzüge erleichtern sollte, hatten die St. Galler Stimmbürger im 2008 diese Kröte geschluckt. Bundesrat Alain Berset hat immerhin die Grösse, weitere Optionen statt nur das Modell dieses HarmoS-Zwangs zur Diskussion zu stellen. Wer sagt

denn, dass Englisch so dringend nötig sei in der dritten Klasse? Der St. Galler Bildungsdirektor Stephan Kölliker sagte ja bereits am 30.12.2010 im St. Galler Tagblatt: «Nach zwei Jahren Frühenglisch ab der dritten Klasse zeigt sich aber, dass sich tatsächlich eine Schere öffnet. Vor allem Kinder mit Lernschwierigkeiten und Kinder ohne gute Deutschkenntnisse können dem Englischunterricht schlechter folgen.» Seither wird aber mit viel Aufwand dieser Zwang zu zwei Frühfremdsprachen schöngeredet, mit teuren Bildungsprogrammen für die Lehrer aufgepöppelt, mit entsprechenden Schulstunden-Umlagerungen nachgeholfen (siehe Tagblatt vom 7. Juni 2016). Bersets Vernehmlassung ist eine Gelegenheit, über das verbreitete Tabu von zwei Frühfremdsprachen nachzudenken und als Bürger und Eltern sich in demokratischen Prozessen einzubringen.

David Gysel
Husen 416, 9246 Niederbüren

Bersets Französisch-Diktat
Ausgabe vom 7. Juli 2016

Ist Italienisch keine Landessprache?

Für mich ist es unbegreiflich, weshalb Schüler in den Ostschweizer Kantonen zwingend die französische Sprache erler-

nen müssen. Für jene Kantone, die an solche grenzen, wo hauptsächlich französisch gesprochen wird oder beide Sprachen gleichzeitig, mag es ja durchaus Sinn machen. Doch wo geht Familie Ostschweizer an Wochenenden, in den Ferien hin? In den Tessin und nach Italien wohl eher als nach Frankreich. Also wäre mit Italienisch als Schulfach (aber auch nicht zu früh) schon mal die Möglichkeit gegeben, in den Ferien, an Wochenenden das in der Schule Gelernte auch praktisch mal hin und wieder anwenden zu können. Somit könnte man aus meiner Sicht den Sprachenstreit beenden, indem man es den Ostschweizer kantonalen Schulbehörden überlässt, ob sie Französisch oder Italienisch als Zweitsprache als Schulfach wählen wollen. Zudem ist Italienisch nach meinem Dafürhalten wesentlich einfacher auszusprechen und zu schreiben als Französisch – was ich wage, behaupten zu können, gehören doch beide Fremdsprachen in Wort und Schrift zu meinem beruflichen Alltag. Also bitte ich Herrn Bundesrat Berset (was wäre, wenn er Tessiner wäre?) und alle Beteiligten, sich mal zu überlegen, ob mein Vorschlag hierbei zu einer akzeptablen, friedlichen Lösung beitragen könnte.

Esther Nufer
Weedstr. 4, 9445 Rebstein

Zuerst richtig Deutsch und Rechnen lernen

Jetzt geht es wieder los. Frühfranzösisch. Wieso spricht niemand von Frühitalienisch? Meiner Meinung nach wäre es sinnvoller, wenn die Schüler erst einmal richtig Deutsch sprechen, schreiben und lesen lernen. Ganz abgesehen vom Rechnen. Viele Lehrbetriebe bemängeln, dass die Schulabgänger weder das eine noch das andere richtig beherrschen. Wenn man eine Umfrage machen würde, wer sein Schulfranzösisch noch braucht, würde man feststellen, dass es vielleicht einer von 50 ist und dieser entweder in der französischsprachigen Schweiz wohnt und arbeitet oder seine Arbeit bei einem internationalen Unternehmen hat. Der Lehrplan 21 (Lehrer nur noch bezahltes Dekomaterial) wird sein weiteres dazu beitragen, dass es immer mehr Schüler geben wird, die ein Defizit aufweisen, weil wir Eltern nicht alles beherrschen, was die Schüler lernen sollten. Bitte denken Sie über den Tellerrand hinaus. Was nützt zum Beispiel eine Serviertochter, die Französisch kann, aber den Preis von zwei Getränken mit dem Taschenrechner zusammenzählen muss?

Mirjam Studer
Spittelfeldstrasse 3,
8507 Hörhausen

Tagblatt, 16. Juli 2016

Schützenhilfe für die Thurgauer

Zumindest aus rechtlicher Sicht hat der Thurgau mit der Abschaffung des Frühfranzösisch keinen Fehler gemacht. Das sagt Andreas Glaser, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich.

MICHÈLE VATERLAUS

FRAUENFELD. Er wurde gerügt, der Thurgau, als er die Abschaffung des Frühfranzösisch beschlossen hat. Die Rüge ging weiter, als mit der Vorstellung des Lehrplans 21 das Frühfranzösisch tatsächlich vom Stundenplan der Primarschule verschwunden ist. Nun bekommt der Thurgau Schützenhilfe von einem Staatsrechtsprofessor, wie die NZZ schreibt. Andreas Glaser von der Universität Zürich hat in einem Artikel im «Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht» das Thema Sprachenstreit aufgegriffen. Die Quintessenz: Aktuell hat sich der Thurgau rechtlich nichts zuschulden kommen lassen.

Vier Punkte

Erstens: Der Kanton Thurgau hält sich zwar nicht an die Abmachung der Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK). Diese hatte vor mehr als zehn Jahren beschlossen, dass die Primarschüler zwei Fremdsprachen lernen sollten. Gemäss Glaser haben die Entscheide der EDK aber keine rechtliche Bedeutung.

Zweitens: Aus dem Harmonisierungsartikel der Bundesverfassung ist nicht eindeutig abzulesen, dass die Kantone beim Sprachunterricht gleich vorgehen müssen. Glaser führt aus, dass in seinen Augen die Harmonisierung gemäss Bundesverfassung erreicht ist: Die Schuljahre beginnen überall mehr oder weniger gleichzeitig und die Stufenübergänge sind identisch.

Drittens: «Der Thurgau hat zwar diesem Artikel in der Bundesverfassung deutlich zugestimmt. Aber er ist nicht dem Harnos-Konkordat beigetreten. Daher ist er auch nicht dessen Vorgaben verpflichtet», sagt Glaser. Sonst wäre es ja sinnlos gewesen, dass das Thurgauer Stimmvolk 2008 den Beitritt zum Harnos-Konkordat abgelehnt habe.

Viertens: Das Sprachengesetz enthält eine Vorgabe für den Fremdsprachenunterricht. Diese besagt aber nur, dass Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und in einer weiteren Fremdsprache verfügen müssen. Es stehe den Kantonen somit frei, die Kompetenzen in einer zweiten Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe zu vermitteln, schreibt Glaser.

Nicht so dramatisch

In seinem Artikel schreibt er weiter, dass die Bundesversammlung natürlich die Bestimmungen des Harnos-Konkordats für allgemeinverbindlich erklären könne. Eine bessere Variante habe Bundesrat Alain Berset gewählt, indem er das Sprachengesetz ändern will. Letzte Woche hat er drei Entwürfe in die Vernehmlassung geschickt. Diese Variante sei transparenter und demokratisch breiter abgestützt. «Erst müssten ja beide Räte, also National- und Ständerat, dem Gesetz zustimmen. Danach könnte noch das Referendum ergriffen werden.» Glaser betrachtet das Vorgehen von Berset darum nicht als so dramatisch, wie es die Thurgauer Politiker sehen. Glaser folgert: Aus rechtspolitischer Sicht ist es im mehrsprachigen Bundesstaat erträglich, dass einige Kantone in Abwägung mit anderen bildungspolitischen Zielen von der Leitlinie «Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe» abweichen. Der Bund soll daher von seiner Kompetenz, Vorschriften zur Harmonisierung des Schulsystems zu erlassen, mit Zurückhaltung Gebrauch machen.

Französisch ist wertvoll

Doch auch wenn es aus rechtlicher Sicht keine Einwände gebe, glaubt Glaser, dass es politisch betrachtet nicht sinnvoll ist, eine Landessprache ins Abseits zu drängen. Studien hätten gezeigt, dass Französisch ein wichtiger Faktor sei in der Wirtschaft. Auf der anderen Seite glaubt Glaser nicht, dass durch die Abschaffung des Frühfranzösisch der nationale Zusammenhalt gefährdet ist: «Der Unterricht allein ist nicht entscheidend. Es geht um Sensibilisierung für die Landessprachen.»

Weitere Artikel zu diesem Thema:

- [Der Thurgau ist nicht allein](#)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Schuetzenhilfe-fuer-die-Thurgauer:art123841.4690951>

Schule Schweiz, 10. Juli 2016

Lehrplan 21 bringt Lerncoaches und Methodenzwang

Entgegen den Behauptungen in den Medien gibt es mit dem Lehrplan 21 keine Methodenfreiheit und keinen bewährten Unterricht durch den Lehrer mehr. Bezeichnend dafür ist, dass das Wort „Methodenfreiheit“ in den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ der D-EDK von 2010 noch vorkommt in den 2016 überarbeiteten Grundlagen für die Kantone jedoch weggelassen wurde. Zitat D-EDK (<https://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf>): «Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.» Mit der „veränderten Sichtweise auf den Unterricht“ der Kompetenzorientierung gibt es anstelle von Methodenfreiheit und Unterricht durch den Lehrer nur noch „Methodenvielfalt“ und „Lernunterstützung“ durch „Lernbegleiter/Lerncoach“ für das „selbstgesteuerte, individualisierte Lernen“.

Lehrplan 21 - keine Methodenfreiheit und kein Klassenunterricht mehr! von Peter Aebersold

Methodenfreiheit für den einzelnen Lehrer ist nur mit dem bewährten Klassenunterricht in Jahrgangsklassen möglich. Bei den „Neuen Lernformen“ des LP21 („selbstgesteuertes Lernen“, „individualisiertes Lernen“, „altersdurchmisches Lernen AdL“ usw.) verändert sich die ganze Schulhausstruktur: die freie Unterrichtsmethode für einzelne Lehrer wird zur von oben verordneten „Lern“methode für das ganze Lehrerteam. Sie wird von der Schulpflege und dem Schulleiter eigenmächtig – an Gemeindeversammlung und Eltern vorbei – festgelegt und ist für das ganze Schulhaus oder die Schulgemeinde gültig. Das ist bei den LP21-Versuchsschulen heute schon so. Die Lehrer haben nur noch die Wahl, mitzumachen oder die Stelle zu wechseln. Wird der LP21 flächendeckend eingeführt, können die Eltern nicht mehr in eine Gemeinde mit dem bewährten Klassenunterricht wechseln, sie können dann nur noch wählen, wenn sie sich eine Privatschule leisten können. Das ist der Grund, warum es in mehreren Gemeinden im Zürcher Unterland und am Zürichsee seit einigen Jahren zu Elternprotesten und massenhaften Lehrerkündigungen gekommen ist.

Die Zürcher Gemeinde Obfelden war eine Ausnahme. Dort konnten die Eltern ab 2006 in der Primarschule wählen, ob sie ihre Kinder in die Jahrgangsklasse oder in die umstrittene, neue AdL-Klasse einschulen wollten. Eltern sind extra nach Obfelden gezogen, weil es dort diese Wahlmöglichkeit gab. 2014 entschied die Obfelder Primarschulpflege plötzlich die Regelklassen aufzulösen und gegen den Willen vieler Eltern und Lehrer ganz auf altersdurchmischte Klassen umzustellen. Offenbar waren die Erfahrungen der Eltern mit den AdL-Klassen so negativ, dass sie sich vermehrt für die bewährten Jahrgangsklassen entschieden haben.

Dass man die Schüler mit dem Lehrplan 21 isoliert und sie quasiindividuell von einem Lerncoach betreuen lässt, wirkt sich negativ auf die Chancengleichheit aus: «Darunter leiden vor allem die schwachen Schüler, die Starken starten durch, die Schwachen werden noch schwächer. Da geht eine Schere auf.» Ralph Fehlmann, Dozent für Fachdidaktik an der Universität Zürich, Beobachter 4/2015. Das erfolgreiche Schweizer Bildungssystem darf nicht am Volk vorbei klammheimlich beerdigt werden!

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/07/lehrplan-21-bringt-lerncoaches-und.html#more>

20 Minuten, 11. Juli 2016

«Alle Jugendlichen gleichermassen fördern»

Sekundarlehrer Jürg Wiedemann (Grüne Unabhängige) diktiert mit dem Komitee Starke Schule Baselland die Bildungspolitik im Kanton. Diese sei nicht gegen seine Chefin gerichtet.



Jürg Wiedemann (56) stellt mit seinem Komitee Starke Schule Baselland die Bildungspolitik im Kanton fast im Alleingang auf den Kopf. (Bild: 20 Minuten/las)

Herr Wiedemann, das Komitee Starke Schule lancierte vor wenigen Tagen seine zwölfte Initiative. Diese will den Lehrplan 21 umbauen. Was stört sie an diesem?

Der Lehrplan 21 bringt eine völlig neue Ideologie in den Unterricht. Diese geht in die Richtung selbstorganisiertes Lernen. Dabei werden die Schulkinder sich selber überlassen. Die Lehrpersonen werden zu Lerncoaches degradiert und erteilen keinen fundierten Unterricht mehr. Dies führt zu einem Bildungsabbau.

Ihre neue Initiative verlangt «klare Themendefinitionen statt diffuse Kompetenzbeschreibungen». Wie sollen diese ihrer Meinung nach aussehen?

Die Lehrperson muss wissen, was sie in welchem Schuljahr behandeln muss. Deshalb sind die Stoffinhalte entscheidend. Die Kompetenzbeschreibungen des Lehrplan 21 sind sehr diffus, nicht messbar und können unterschiedlich interpretiert und umgesetzt werden. Das trägt wenig zur Harmonisierung unserer Schulen bei.

Dann wird statt nach Lehrplan statt nach dem Gesetz unterrichtet. Ist das nicht das Gegenteil einer starken Schule?

Im Bildungsgesetz werden zahlreiche Leitplanken vorgegeben. Eine weitere könnte sein, dass die Lehrpläne klar definierte Lerninhalte enthalten. Beim Inhalt darf es keinen Interpretationsspielraum geben. Algebra kann nicht in einer Klasse im zweiten und in einer anderen im dritten Sekundarschuljahr unterrichtet werden. Was Lehrpersonen benötigen, ist jedoch Methodenfreiheit. Genau diese schränkt der Lehrplan 21 massiv ein. Er erzwingt unter anderem das selbstorganisierte Lernen, mit dem viele – vor allem leistungsschwächere Kinder – erhebliche Mühe haben. Wir wollen fachlich und methodisch fundierte Lehrpersonen, die alle Jugendlichen gleichermassen fördern.

Ihr Komitee hat kürzlich schon die Sammelfächer zu Fall gebracht. Wer macht denn nun die Bildungspolitik im Baselland? Sie oder Bildungsdirektorin Monica Gschwind?

Die Eckpfeiler gibt das Volk und die Politik an. Selbstverständlich muss Monica Gschwind die Bildungspolitik umsetzen. Sie macht bislang eine gute Arbeit. Mit ihrer guten Aufklärungspolitik während der Abstimmungskampagne hat sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Sammelfächer verhindert werden konnten.

Monica Gschwind ist eigentlich ihre Chefin, aber Sie bestimmen weitgehend ihre Politik. Warum kandidierten Sie nicht selbst für Gschwinds Regierungsratsamt?

Ich würde die Arbeit bei weitem nicht so professionell machen wie Monica Gschwind. Unsere Politik richtet sich nicht gegen sie sondern gegen Auswüchse der Bildungsreformen. Als Regierungsrätin kann sie sich aber nicht mehr so pointiert dagegen äussern. Wir haben viele Initiativen

eingereicht, die sich gegen das Gedankengut richten, das die Verwaltung während der Ära von alt Regierungsrat Urs Wüthrich ausgeheckt hat. Monica Gschwind muss das jetzt ausbaden. Unsere Initiativen stärken auch ihre Position, wenn sie innerhalb der Verwaltung in diese Richtung arbeitet.

Manche Leute werfen Ihnen vor, eigennützig zu handeln. Das Politblog arlesheimreloaded schreibt: «Nichts kümmert diesen Streitbaren mehr als die Frage: Wie kann ich das Baselbieter Schulsystem nach meinem Gusto zurechtbiegen?» Wie legitimieren Sie ihr politisches Handeln?

Das Volk hat am 5. Juni zwei unserer drei Initiativen angenommen. Es unterstützte unsere Kampagnen gegen die Abschaffung der Kaufmännischen Vorbereitungsschule sowie der Berufsvorbereitenden Schule. Wir konnten die Verkleinerung der Klassengrössen von 26 Kindern auf 24 erzwingen. Die grosse Unterstützung des Volkes bestätigt, dass wir mit unseren Anliegen nicht ganz falsch liegen.

<http://www.20min.ch/schweiz/basel/story/17754098>

NZZ, 15.7.2016

Der Bildungsauftrag geht alle an

Der Lehrplan 21 ist übers Ziel hinausgeschossen. Kaum jemand bestreitet die nötigen Harmonisierungsziele wie einheitliche Schulstrukturen, verbindliche Bildungsziele für jede Schulstufe und eine Festlegung des Auftrags der Volksschule. Dafür genügt ein gut verständlicher Rahmenlehrplan, der verbindlich ist für alle Kantone. Der Lehrplan 21 ist nun aber ein Koloss, der engmaschig alles regeln will und einen unsinnigen Glauben an die Steuerungsmöglichkeiten einer Bildung von oben vertritt.

Da nützt es nichts, dass nun behauptet wird, der neue Lehrplan sei nur ein Kompass. Bereits haben die Pädagogischen Hochschulen begonnen, die unausgegorenen Ideen aus dem neuen Bildungskompass in der Ausbildung zu vermitteln. Wohin dies führt, wenn Lehrpersonen in erster Linie als Coachs die Schüler begleiten und selbstorganisiertes Lernen zum Standard wird, zeigen höchst umstrittene Experimente an einigen Schulen.

Dringend nötig ist eine offene Diskussion über den Auftrag der Volksschule. Damit ist nicht gemeint, dass in einer Detailberatung im Kantonsrat um Lehrplanelemente gestritten werden soll. Es geht um Eckwerte der Bildung und die Rolle der Lehrpersonen im Unterricht. Die Ablehnung des Lehrplans 21 durch acht kantonale Volksinitiativen ist die Folge von viel Geheimniskrämerei in der Erziehungsdirektorenkonferenz rund um den Bildungsauftrag. Jetzt muss auf kantonaler Ebene das Versäumte nachgeholt werden. Die Schule benötigt einen gut verständlichen Lehrplan mit anerkannten Bildungszielen. Diese Grundfrage geht das Volk sehr wohl etwas an.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

<http://webpaper.nzz.ch/2016/07/15/meinung-und-debatte/OOY33/der-bildungsauftrag-geht-alle-an>

inside-channels.ch, 13.07.2016

Lehrplan 21 im IT-Handel (noch) nicht bemerkbar

Derzeit profitiert der IT-Handel zwar noch nicht von der Schulreform, doch es bestehen berechnigte Hoffnungen.

In der letzten Zeit häufen sich Ausschreibungen oder Meldungen zur Hardware-Beschaffung an Schulen. Grund genug, bei dem einen oder anderen Händler zu fragen, ob sie von dem Geschäft profitieren. Es geht bei der als Lehrplan 21 bekannten [Schulreform auch um die Neueinführung eines Moduls Medien und Informatik](#), in dem mehr als nur Anwenderkenntnisse vermittelt werden sollen. Es liegt also auf der Hand, Auswirkungen auf das Hardware-Geschäft zu vermuten.

Die Einschätzung bestätigt denn auch Beat Ineichen von Achermann ICT Services in Kriens. Er berät bei dem IT-Dienstleister Kunden der öffentlichen Hand und hält fest, dass es derzeit im Infrastrukturbereich eine Häufung von Projekten bei Schulen gebe. Sie seien nicht nur, aber auch auf den Lehrplan 21 zurückzuführen. Allerdings sei Achermann insbesondere in den Aufbau von WLAN-Infrastrukturen involviert. Durch den zunehmenden Einsatz von digitalen Medien im Unterricht habe das WLAN im Klassenzimmer inzwischen eine Vielzahl an neuen Anforderungen zu erfüllen, teilt Achermann weiter mit: "Aufgrund dieses Wandels wird bei den Schulen entsprechend reagiert, was die steigende Zahl an Projekten erklärt".

Die Aussage verwundert kaum, weil, um einige Beispiele zu nennen, etwa in der [Stadt Bern die Regierung im Frühjahr 150'000 Franken für eine Technologiestudie](#) bewilligt hat. Sie soll den Hintergrund liefern für die ab 2017 geplante Erneuerung der Informatik-Infrastruktur an den Schulen und sowohl die technologische Entwicklungen als auch Vorgaben des neuen Lehrplans 21 berücksichtigen, wie der Gemeinderat damals schrieb. [Bekannt ist seit kurzen auch, dass beispielsweise in Gossau die Hardware in den Primarschulhäusern](#) bis zum Sommer 2018 für rund eine Millionen Franken auf den neusten Stand gebracht werden soll. Gossau ist eine Gemeinde mit rund 17'000 Einwohnern. Von einem weiteren Projekt [berichtet heute der 'Landbote'](#). Demnach werden in der Gemeinde Aardorf zum neuen Schuljahr alle 300 Sekundarschüler mit iPads ausgestattet. Auch hier sollen gegen 200'000 Franken in die Ablösung inzwischen amortisierter Mac-Rechner fliessen. Bekannt ist weiter, dass das Amt für Informatik und Organisation des Kantons Bern neue Endgeräte anschaffen will, wobei

"zusätzlich Education-Endgeräte evaluiert werden", um die Bedürfnisse der Schulen abzudecken, wie es [in der Ausschreibung](#) heisst.

Das Geschäft wird kommen

Im Gegensatz zu Ineichen sieht Adrian Zemp, Chef und Gründer der AD Solution in Zug, derzeit allerdings eher verhaltene Umsätze mit Hardware für Schulen. Gegenwärtig gebe es noch kaum vom Lehrplan 21 getriebenes Hardware-Geschäft, hält er fest. Doch die Situation werde sich demnächst "hundertprozentig" ändern, ist er überzeugt. Bisher ginge es in der Regel noch um die Erneuerung veralteter Infrastrukturen, wobei auch hierbei schon auf den Lehrplan 21 Rücksicht genommen werde.

Allerdings würden derzeit bereits zahlreiche Gespräche laufen, die in direktem Zusammenhang mit der Schulreform stehen. Man müsse dabei bedenken, dass bei öffentlichen Institutionen wie den Schulen die Planungen ohnehin langwieriger als in der Industrie verlaufen.

So erwartet Zemp, dass bis Ende Jahr erste Entscheidungen bei den Behörden getroffen werden. Ab Mitte 2017 bis ins Jahr 2018 würde sich die Beschaffung dann in "spürbaren" Mehrumsätzen bei der Hardware zeigen. Interessant ist laut Zemp, dass die Neuausrüstung der Schulen wohl auch mit einem Technologiewechsel beispielsweise vom PC zum Tablet einhergehen werde.

Diese Einschätzung der aktuellen Lage teilt man übrigens auch bei der Competec Gruppe mit dem Distributor Alltron und dem Online-Händler Brack.ch. Laut Pressesprecher Daniel Rei liegen die aktuellen Umsätze im Bereich Schulen wie in der gesamten Competec Gruppe etwas über dem Vorjahr. Doch mit dem Lehrplan 21 habe das nichts zu tun, wie Rei betont.

Nicht anders sieht man die heutige Situation übrigens bei Branchenverband Swico. Der für den Bildungsbereich zuständige Vorstand, Alain Gut, der zudem die Kommission Bildung von ICTswitzerland präsidiert, stellt klar, dass derzeit niemand wegen dem Lehrplan 21 neue Hardware anschaffe. Vielmehr würden jetzt Altsysteme abgelöst. Wenn Schulen heute ihre IT erneuern, ginge es darum, veraltete Infrastrukturen zu ersetzen, so Gut. Diese Erneuerungen, zu der auch die Beschaffung neuer Hardware gehöre, könnten in keinen Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 gebracht werden. Aber auch Gut [hatte kürzlich schon darauf hingewiesen](#), dass "gerade für ein neues Modul wie Medien und Informatik seitens der Kantone zusätzliche, finanzielle Mittel für die Einführung bereitgestellt werden" müssten. (Volker Richert)

<http://www.inside-channels.ch/articles/44459>

Schule Schweiz, 15.7.2016

1 Kommentar: *paebi* 15. Juli 2016

Nicht nur die Lehrbuchverlage, auch die IT-Firmen riechen das grosse Geschäft mit dem Lehrplan 21. Wirtschaftsverbände möchten sogar, dass alle Schüler programmieren lernen. Das ist ebenso abwegig, wie das "selbstgesteuerte Lernen" im Lehrplan 21. Wie sollen Erstklässler programmieren können, wenn sich nicht einmal lesen können? Und das dann auch noch "selbstgesteuert"? Hinter dieser abstrusen, unpädagogischen Ideologie, die unsere Kinder zu Versuchskaninchen des Neoliberalismus macht, steckt die neoliberale Wirtschaftsorganisation OECD, die von den USA dominiert wird und für die Europa ein Konkurrent ist, dessen Schulsystem man gerne auf das tiefe US-Niveau absenken möchte.

Was die Wirtschaft braucht, sind Anwender, die je nach Branche in der Berufslehre ausgebildet werden.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/07/lehrplan-21-die-it-branche-reibt-sich.html#more>

Der Landbote, 13.07.2016

300 iPads für Sekundarschüler

Die Sekundarschule rüstet alle Schüler mit einem iPad aus. Die Tablets wurden bereits in einem Pilotprojekt getestet. Die Schule ist vom Erfolg überzeugt, kritische Stimmen gibt es kaum.

Jonas Gabrieli

Am ersten Tag des neuen Schuljahres erhalten alle 300 Sekundarschüler in Aadorf ein persönliches iPad. Dieses kann von den Jugendlichen nach Hause genommen werden, Ende der dritten Klasse geben sie es wieder ab. «Die technologische Entwicklung macht auch vor dem Schulbetrieb nicht halt», sagt Schulverwalter Markus Büsser.

Bereits getestet

In den letzten sechs Monaten sind 20 Geräte von Schülern und Lehrern im Rahmen eines Pilotprojekts auf ihre verschiedenen Funktionen getestet worden. «Das Tablet eignet sich etwa sehr gut zur Recherche, aber auch verschiedene Lern-Apps für Geometrie und Zeichnen können sinnvoll eingesetzt werden.» Apple setzt stark auf Lernapps, über 170'000 sind in ihrem Store erhältlich.

lich. Die Schule verwendet seit 2008 Appleprodukte, Angebote von anderen Herstellern wurden nicht geprüft.

Die Schule entschied sich für die mobilen Tablets und gegen neue Computer: «Die alten Macs sind amortisiert und anstelle eine 1:1-Ersatzes, entschieden wir uns für iPads.» Die Kosten von 180'000 Franken liegen laut der Schule in der «gleichen Grössenordnung».

Kritische Stimmen gab es laut Büsser bisher kaum. An der Versammlung der Schulgemeinde im Dezember kamen keine Fragen auf. Die 290'000 Franken Budget für die komplette Erneuerung der Informatikmittel wurden klar angenommen. Büsser sieht gar Sparpotenzial: «Wir werden die Daten in einer sogenannten Cloud - einem Internetserver - abspeichern, so sparen wir Geld für ansonsten fällige Erweiterungen unserer lokalen Server.» Auch deshalb besitzt die Schule nun eine schnellere Internetverbindung.

Lehrer werden geschult

Fürchtet sich Büsser nicht vor einer Copy-Paste-Generation, die den ganzen Tag auf den Bildschirm starrt und verdummt? «Die Tablets werden nicht im Dauereinsatz sein und die Schüler nicht ständig auf den Bildschirm starren.» Die Gefahren der neuen Technologie sind ihm aber durchaus bewusst. Um das Lehrpersonal optimal vorzubereiten wurden bereits Schulungen mit den Geräten durchgeführt, weitere folgen in den Sommerferien. Durchgeführt werden diese vom Lieferanten Dataquest, der auch für den späteren Support der Geräte verantwortlich ist. Ausserdem können sich interessierte Lehrer an der Pädagogischen Hochschule Thurgau an elf Kurstagen zu sogenannten iScouts ausbilden lassen. Laut Büsser hat der Grossteil der Lehrer positiv auf die Umstellung reagiert.

Der Lehrplan 21 setzt mehrere Ziele im Medienbereich. Das «grundlegende Verständnis» und die «verantwortungsvolle Nutzung» stehen im Fokus. Ausserdem sollen in allen Fächern digitale Medien eingesetzt werden.

Schule hat keine Bedenken

«Die Digitalisierung ist eine Entwicklung, vor der wir uns nicht verschliessen können», sagt Büsser. Laut einer Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften von 2014 besitzen 97 Prozent aller Jugendlichen ein Smartphone. Die Schule hat deshalb auch keine Bedenken, dass ein persönliches Tablet die Freizeit der Jugendlichen gross beeinflussen wird, eine spezielle Schulung für die Eltern ist aus diesem Grund nicht vorgesehen.

<http://www.landbote.ch/front/300-ipads-fuer-sekundarschueler/story/11802295>

Mehr dazu:

Tages-Anzeiger, 13.07.2016

«An der Wandtafel geben sich alle Mühe»

Sollten Schulen auf Tablets setzen? Wer soll die bezahlen? Lehrer und Medienexperte Philippe Wampfler über Nutzen und Gefahren.

<http://www.tagesanzeiger.ch/leben/gesellschaft/an-der-wandtafel-geben-sich-alle-muehe/story/19249234>

Tagblatt, 14. Juli 2016

Sonderzug der Stadt St. Gallen: Nur noch ganze Noten

In der Stadt St. Gallen haben Kinder der Grundstufe in ihren Zeugnissen erstmals nur noch ganze Schulnoten erhalten. Im Kanton St. Gallen will der Erziehungsrat Leistungsbeurteilungen auch mit halben Noten festschreiben - dafür aber auf die beiden schlechtesten Noten verzichten.

ST.GALLEN. Im Kanton St. Gallen laufen aktuell diverse Diskussionen über Schulnoten. Anlass dazu ist die Umsetzung des Lehrplans 21. Weitgehend unbestritten ist, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler ab der zweiten Primarklasse weiterhin mit Noten beurteilt werden.

Dies wird bald auch im Gesetz festgehalten: Im November 2015 hat der St.Galler Kantonsrat eine SVP-Motion gutgeheissen, in der die gesetzliche Verankerung der Leistungsbeurteilungen über Noten verlangt wurde.

Umstrittene Noten 1 und 2

Im Mai startete dann im Kanton St.Gallen die Vernehmlassung über ein neues Beurteilungskonzept des Erziehungsrats. Darin wird die Abschaffung der Noten 1 und 2 in den Zeugnissen vorgeschlagen.

Die Beurteilung des Leistungsstandes solle zwar weiterhin über Noten erfolgen, argumentierte der Erziehungsrat. Eine differenzierte Abstufung von ungenügenden Leistungen werde aber als «wenig sinnvoll erachtet». Deshalb solle auf die beiden schlechtesten Noten verzichtet werden.

Im Beurteilungskonzept will der Erziehungsrat weitere Eckwerte festlegen. Unter anderem ist vorgesehen, «dass im Zeugnis verbindlich ganze und halbe Noten gesetzt werden müssen».

Die Vernehmlassung ist inzwischen abgeschlossen. Bis im August werden nun die Stellungnahmen ausgewertet. Danach entscheidet der Erziehungsrat, wie das Beurteilungskonzept umgesetzt werden soll.

Insellösung der Stadt

Diskussionen gibt es nun auch in der Stadt St. Gallen. Dort wird ein neues Notensystem bereits umgesetzt. Dies löst nun Kritik aus dem Stadtparlament aus. SP-Parlamentarier Daniel Kehl hat am 14. Juli unter dem Titel «Stadt St. Gallen, eine Insel» eine einfache Anfrage eingereicht.

Im Juli hätten Schülerinnen und Schüler der Grundstufe (1. und 2. Primarklasse) zum ersten Mal ein Zeugnis auf Grundlage der konzeptorientierten Beurteilung erhalten, schreibt Kehl im Vorstoss. «Es werden nur noch ganze Noten gesetzt, auf Halbnoten wird verzichtet.» Diese Form der Beurteilungen solle schrittweise auch in der Mittel- und Oberstufe Einzug halten.

Der Fraktionschef der SP will vom Stadtrat wissen, wieso in der Stadt St. Gallen ein System mit ganzen Noten in den Zeugnissen eingeführt werde, «obwohl der Kanton Halbnoten auch in Zukunft ausdrücklich zulassen will und dabei beabsichtigt, dies gesetzlich so vorzuschreiben». Die Antwort steht noch aus. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-ag/Sonderzug-der-Stadt-St-Gallen-Nur-noch-ganze-Noten;art197,4689615>

Tagblatt, 15. Juli 2016

Diskussion um Schulnoten geht weiter

Im zu Ende gegangenen Schuljahr haben Schüler der Grundstufe der Stadt St. Gallen erstmals ein Zeugnis auf Grundlage der sogenannten kompetenzorientierten Grundlage erhalten. Gemäss dieser gibt es keine halben Noten mehr, die einzige ungenügende Note bleibt die 3 ([Tagblatt vom 13. Mai](#)). Dieses Modell soll später auch in der Mittel- und der Oberstufe der Stadt eingeführt werden. Die Vernehmlassung im Kanton ist nun abgeschlossen. Gestern hat SP-Stadtparlamentarier Daniel Kehl eine Einfache Anfrage zu diesem Thema eingereicht.

Alleingang des Stadtrats?

Im Vorstoss mit dem Titel «Stadt St. Gallen eine Insel?» will Kehl vom Stadtrat wissen, warum in der Stadt St. Gallen die Zeugnis-Beurteilung mit nur noch ganzen Noten eingeführt wird, obwohl der Kanton auch künftig halbe Noten ausdrücklich zulassen und dies gesetzlich vorzuschreiben will.

Kehl fragt weiter, wie sich der Pädagogische Beirat Schule, den die Direktion Schule und Sport in grundsätzlichen schulischen Fragen konsultieren muss, zur Einführung der kompetenzorientierten Beurteilung an der Volksschule stellt. Ausserdem erkundigt sich der SP-Parlamentarier, ob der Stadtrat beim Beirat eine Stellungnahme eingeholt hat, bevor er die Vorgaben für die Zeugnisse in der aktuellen Form beschlossen und gegenüber Lehrpersonen und Eltern kommuniziert hat.

Vorgaben des Kantons

Kehl erkundigt sich beim Stadtrat zudem, in welcher Form die Entscheide des Erziehungs- und des Regierungsrats in das weitere Vorgehen bei der Einführung der kompetenzorientierten Beurteilung in der Stadt einfließen. Er fragt auch, welche Rahmenbedingungen oder Vorgaben seitens des Kantons bestehen. Schliesslich stellt Daniel Kehl auch Fragen zum Projekt «Kompetenzen fördern und abbilden», das im kommenden Schuljahr eingeführt wird. (dag)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Diskussion-um-Schulnoten-geht-weiter;art186,4689892>

Tagesschau, 10.7.2016

Nur noch eine ungenügende Schulnote

St. Gallen überlegt sich als schweizweit erster Kanton die beiden tiefsten Noten 1 und 2 abzuschaffen.

<http://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/nur-noch-eine-ungenuegende-schulnote?id=accb47d3-5f22-4d22-bde3-10e707883d75>

journal21.ch, 12.07.2016

[Bildung](#)

Der Wert des Wiederholens



Von [Carl Bossard](#),

Ohne Wiederholen gibt es kein Lernen. Aber wie oft muss man das noch wiederholen? Ein Ausflug zu einigen Highlights unserer Kulturgeschichte.

<https://www.journal21.ch/der-wert-des-wiederholens>

Tagblatt, 9. Juli 2016

Lehrer Dürst nimmt Abschied



Als eine der letzten Amtshandlungen liess Lehrer Dürst gemeinsam mit seinen Schülern selbstgemachte Boote in einem Brunnen schwimmen. In Anlehnung an seine Anfänge trugen die Kinder teilweise Tracht. (Bild: pag)

Mit dem Anfang der Sommerferien endet für Fritz Dürst seine 44jährige Lehrertätigkeit in Hundwil. Während diesen Jahren hat der gestandene Pädagoge so manche Änderung im Schulsystem miterlebt. Nicht jede war in seinem Sinn.

ALESSIA PAGANI

HUNDWIL. Die Welt entdecken und die Natur kennenlernen, das war Fritz Dürst immer sehr wichtig. Oft war der Lehrer mit seinen Schülern im Dörfli anzutreffen oder streifte mit ihnen über Wiesen. «Ich habe mir im Rahmen des Lehrplans einige Freiheiten genommen», so Fritz Dürst. Er konnte es sich leisten. Denn Dürst ist in Hundwil eine angesehene wie beliebte Lehrperson und war zudem zwischenzeitlich Vorsteher des Schulhauses Mitledi.

Nun geht der 64-Jährige in Pension. Gestern haben ihn die Schüler und Lehrpersonen mit einer Abschlussfeier überrascht. Es wurde Spalier gestanden, gesungen und die ein oder andere Träne vergossen. Viele Schüler kamen im Stil von anno dazumal mit Schülerthek aus alter Zeit und in Tracht.

Einmalige Treue zur Gemeinde

Dürst war während 44 Jahren Lehrer in Hundwil. Etwas, das heute kaum mehr vorkommt. Er kennt das Dorf wie kaum ein Zweiter, ist noch der einzige Mitledi-Lehrer, der in Hundwil lebt. «Seine Identifikation mit und seine Treue zur Gemeinde sind einmalig», so Gemeindepräsidentin Margrit Müller-Schoch, die, genauso wie ihre Kinder, ebenfalls einige Schuljahre bei Fritz Dürst durchlaufen hat. «Alles, das ich über die Natur und das Appenzellerland weiss, habe ich bei Lehrer Dürst gelernt», sagt Margrit Müller-Schoch.

Als junger Absolvent des Lehrerseminars unterrichtete er einige Jahre die 5.- und 6.-Klässler im Schulhaus Mühle, danach 35 Jahre lang in der Mitledi die 3.- und 4.-Klässler. Sowohl seine eigenen Kinder als auch seine Enkelkinder durfte Fritz Dürst unterrichten. Ein Glücksfall: «Es ist wertvoll, wenn die eignen Kinder einem Rückmeldung geben.»

Vom Pfarrer empfangen

Fritz Dürst kam eher unfreiwillig nach Hundwil. Der ausserrhodische Schulinspektor hatte ihn fürs Praktikumsjahr ins Hinterland zugeteilt. Ungefragt, versteht sich. Eine neue Welt für den Rehetobler. «Das Hinterland habe ich damals kaum gekannt», so Dürst. Von Hundwil hatte er noch nie gehört. Er staunte denn auch nicht schlecht, als er nach der Anreise mit dem Postauto vom Pfarrer höchstpersönlich in einem VW-Käfer im Dörfli empfangen und zur Schule kutschiert worden ist. Die Fahrt ging übers Land. Dürst: «Immer wieder fragte ich mich, wo denn dieses Schulgebäude stehen mag.» Dort angekommen, die nächste Überraschung: «Die Buben hockten in der Werktagskleidung mit den «bruunä Hose» da und schauten, wer wohl da als Neuer kommt», sagt Fritz Dürst und lacht. «Es gab so viele schöne Erlebnisse hier.»

Dass Dürst Hundwil nie mehr verlassen hat, liegt nicht alleine an seiner Frau, die er hier kennenlernen durfte: «Hier gibt es so lässige Kinder, die Bevölkerung ist der Schule gegenüber aufgeschlossen, wir haben tolle Behörden und, so erlaube ich mir zu sagen, das schönste Schulhaus weit und breit mit einer wunderbaren Aussicht.» Obwohl sie zuweilen als hinterwäldlerisch bezeichnet würden, hätte ihre Gemeinde einigen anderen etwas voraus, so Dürst.

Lehrer mit Mut zur Lücke

Die Schule und ihre Struktur hätten sich mit den Jahren verändert. «Es ist schwieriger geworden für mich», so Dürst. Er spricht die Bürokratie an, die immer mehr Schriftlichkeit verlange, und die Schnellebigkeit. «Alles muss husch, husch gehen. Viel Wichtiges wird vernachlässigt, zum Beispiel die Natur. Wenn PH-Schüler zu uns kommen, wissen die häufig gar nicht, wo ihnen der Kopf steht vor lauter Stoffangeboten, die sie übermitteln sollen, und sind überfordert.» Er habe als gestandener Lehrer das Privileg gehabt, den Mut zur Lücke zu leben. Dürst ist froh, dass er die kommenden Veränderungen, beispielsweise in Bezug auf den Lehrplan 21 oder die Neue Basisschrift, nicht mehr mittragen muss. Er freut sich vielmehr aufs Malen, das Panflöte-Spielen oder auf Velofahrten, auf seine Hobbies. Was Fritz Dürst an seiner Arbeit am meisten liebte, waren die Hundwiler Kinder: «Deren Natürlichkeit, die aufgestellten Gemüter und deren Begeisterungsfähigkeit sind einzigartig. Wegen ihnen würde ich sofort wieder den Beruf des Lehrers wählen.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/appenzellerland/appenzellerland/at-ap/Lehrer-Duerst-nimmt-Abschied;art120091,4684171>

Newsletter «Lehrplan vors Volk», 16.7.2016

Politiker und Pädagogen im Sprachenstreit

Neben Bundesrat Alain Berset findet auch der Tessiner Nationalrat Filippo Lombardi, dass **Französisch unbedingt in der Primarschule eingeführt werden müsse**. Und Nationalrat Matthias Aebischer betont bei jeder Gelegenheit, wie wichtig das frühe Lernen zweier Fremdsprachen sei. Die Politik will der Pädagogik ganz klar den Tarif durchgeben.

Nüchterner sehen dies namhafte Journalisten der grossen Sonntagszeitungen und der bekannte Berner Alt-Nationalrat Rudolf Strahm im Tages-Anzeiger. Wichtiger als eine Einheitslösung mit Frühfranzösisch ist diesen Kommentatoren das Resultat der sprachlichen Bemühungen. Was nützt es, sich in der Primarschule beim Sprachenlernen zu verzetteln und das **Primarschulfranzösisch nur in homöopathischen Dosen symbolisch zu vermitteln?**

Die Politik soll die Sprachenfrage den Kantonen überlassen. Warum sollen diese bei der ersten Fremdsprache nicht unterschiedliche Akzente setzen können? **Bern tickt anders als Zürich**, und das ist gar nicht schlecht. Falls Zürich mit Englisch einsteigt, muss es allerdings der französischen Sprache auf der Oberstufe klar den Vorrang geben.

Mit einer vielbeachteten Studie hat die Zürcher Uni-Professorin Simone Pfenninger belegt, dass das Alter beim Beginn des Fremdsprachenunterrichts stark überschätzt wird.

So stellte sich heraus, dass Gymnasiasten, die erst mit 13 Englisch lernten, die Frühlernenden, die ab 8 Jahren Englischunterricht hatten, nach sechs Monaten bereits eingeholt hatten. Einige Späteinsteiger waren sogar noch besser. Pfenninger weist nach, dass frühe Fremdsprachen auch das Lernen der Muttersprache beeinträchtigen: "Die Frühlernenden waren in Deutschtests Anfang der Oberstufe signifikant schlechter als die Spätlernenden. Wer allgemeine Fähigkeiten wie Argumentieren, einen Text verstehen oder einen Aufsatz strukturieren in der Muttersprache gut beherrscht, überträgt diesen Vorteil auf die Fremdsprache."

Die begründete Opposition gegen das untaugliche Sprachenkonzept der Volksschule hat in Bern keine Freude ausgelöst.

Die von Bundesrat Berset angeführte scharfe Kampagne gegen die in mehreren Kantonen laufenden Initiativen für nur eine Fremdsprache in der Primarschule ist laut dem Bildungsminister aus Sorge um den «kulturellen Frieden» zwischen Deutschschweiz und Romandie entstanden. Doch ist dies die ganze Wahrheit? Vielleicht geht es dabei aber noch um etwas anderes, wie ein Karikaturist in der «Ostschweiz am Sonntag» es pointiert formuliert hat: "L'Etat c'est moi! Die Kantone können mir mal".

Wir wünschen bei der Lektüre viel Spass und einen Gewinn an vertieften Einsichten.

Nach fünfwöchiger Ferienpause werden wir uns Mitte August wieder melden.

Das Redaktionsteam des Komitees «Lehrplan vors Volk»

Und das sind die Inhalte des Newsletters

- Der Bundesrat lädt die Sprachenfrage unnötig auf
- «Die Kantone haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht»
- Pflicht für Frühfranzösisch, Sprachenstreit
- «Amoklauf» gegen Sprachfrieden
- Mes chers compatriotes, ça suffit!
- Symbolstreit der Politiker
- «Englisch kann man getrost in die Oberstufe verschieben»
- Wo bleibt das Welschlandjahr?
- Lehrplan 21 – keine Methodenfreiheit und kein Klassenunterricht mehr!
- Der Bildungsauftrag geht alle an

<http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/Newsletter-160716.pdf>

Komitee «Lehrplan vors Volk»

8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch